

**Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der CDU und der SPD**

**Staatsvertrag mit der Jüdischen Gemeinde abschließen**

In zwölf von sechzehn Bundesländern hat die jeweilige Landesregierung einen Staatsvertrag mit der Jüdischen Gemeinde abgeschlossen. Auch in Bremen gibt es den Wunsch der Jüdischen Gemeinde, einen solchen Staatsvertrag abzuschließen.

Ziel ist es, durch einen solchen Staatsvertrag, gerade angesichts von zunehmenden Angriffen auf Juden und jüdische Einrichtungen in Deutschland, ein Zeichen der staatlichen Anerkennung zu setzen. Zudem kann auf diese Weise die Zusammenarbeit zwischen der Freien Hansestadt Bremen und der Jüdischen Gemeinde auf eine langfristige und verlässliche Basis gestellt werden.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge deshalb beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

die Verhandlungen mit der Jüdischen Gemeinde über einen Staatsvertrag zügig fortzuführen und zum Abschluss zu bringen sowie der Bürgerschaft (Landtag) über etwaige Hindernisse, die dem Abschluss eines Staatsvertrages entgegenstehen, spätestens zum 31. Mai 2001 zu berichten.

Dr. Güldner,  
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen  
Ravens, Eckhoff und Fraktion der CDU  
Kleen, Böhrnsen und Fraktion der SPD